

Antrag: Resolution zum Entwurf des Bayerischen Hochschulinnovationsgesetzes

Antragsteller:innen Andy (Würzburg), Max (Würzburg), Jakob (LMU München)

Adressat:innen

- Hochschulleitungen aller bayerischen Hochschulen
- Wissenschaftspolitische Sprecher:innen der Fraktionen im Bayerischen Landtag
- Bayerischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst Bernd Sibler
- Landes-ASten-Konferenz Bayern

Antrag

Die ZaPF lehnt den vorliegenden Entwurf zum Bayerischen Hochschulinnovationsgesetz¹ (BayHIG) vom 18.05.2021 entschieden ab. Die Inhalte des Eckpunktepapiers der bayerischen Staatsregierung, die die ZaPF in ihrer Resolution² vom 15.11.2020 scharf kritisiert hat, wurden zu großen Teilen änderungsfrei in den Entwurf übernommen und unsere Kritik hat somit unverändert Bestand.

Besonders enttäuscht sind wir von der Tatsache, dass trotz expliziter Versicherung des Staatsministers für Wissenschaft und Kunst, keinerlei Studiengebühren einzuführen, mit dem BayHIG die Möglichkeit geschaffen werden soll, Studierende und Studieninteressierte aus Nicht-EU-Staaten finanziell zu belasten. Die vorgesehenen Gebühren für Auswahl und soziale Betreuung sind Studiengebühren durch die Hintertür. Die daraus resultierende Bildungsbarriere sowie die Ungleichbehandlung von Studierenden unterschiedlicher Herkunft verurteilen wir und fordern die Staatsregierung dazu auf, ihr Wort zu halten und jegliche Form von Studiengebühren aus dem Gesetz zu streichen.

Darüber hinaus kritisieren wir die ersatzlose Streichung von Artikel 5a BayHSchG, der die Höhe, Zweckbindung und Verteilung der Studienzuschüsse gesetzlich festschreibt, aufs Schärfste. Die Studienzuschüsse leisten einen essentiellen Beitrag zur Qualität der Lehre und den Studienbedingungen an den bayerischen Hochschulen. Ihr Wegfall würde den Studienstandort Bayern nachhaltig schwächen. Die gesetzlich verankerte Zweckbindung stellt sicher, dass die Hochschulen konstant in die Verbesserung von Studium und Lehre investieren. Dabei sorgt der Vergabemechanismus durch paritätisch besetzte Kommissionen dafür, dass die Mittel auch tatsächlich effektiv eingesetzt werden. Die Kommissionen dienen darüber hinaus als wichtige Schnittstelle zwischen der Studierendenschaft und den Institutionen der Hochschulen, die unbedingt erhalten werden muss. Wir fordern die Staatsregierung auf, die Studienzuschüsse in ihrer derzeitigen Form unabhängig von der sonstigen Finanzierung der Hochschulen beizubehalten.

¹https://www.stmwk.bayern.de/download/21067_HIG-Gesetz.pdf

²<https://zapfev.de/resolutionen/wise20/bayhschg/bayhschg.pdf>